

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

**Nr. 5 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag  
05.01.2012**

### **Stallbauboom in Niedersachsen geht am Markt vorbei**

**Laut Landtagsanfrage trotzdem mehr als 200 neue Hühnerfabriken geplant**

Nach Einschätzung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Landtagsgrünen **Christian Meyer** geht der aktuelle Bauboom von großen Massentierhaltungsanlagen von Hühnern in Niedersachsen weit am Bedarf vorbei: "Der Selbstversorgungsgrad in Deutschland ist innerhalb weniger Jahre auf über 110 Prozent angestiegen. Neue Tierfabriken dienen überwiegend dem entwicklungspolitisch bedenklichen Export in Drittländer."

Wie aus einer jetzt vorliegenden Antwort der Landesregierung auf eine umfangreiche Anfrage der Grünen zur Entwicklung von Tierhaltungsanlagen in den einzelnen Landkreisen hervorgeht, wurden 2010 trotzdem insgesamt 80 neue Maststallbauten mit mehr als 30.000 Hühnern genehmigt. 2011 waren 140 weitere Hühnerfabriken zum Großteil im alten Regierungsbezirk Weser-Ems in Planung. Ein Grund für die Zunahme tierquälerischer Mastanlagen ist der massive Ausbau der Schlachtkapazitäten insbesondere durch den vom Land mit 6,5 Millionen Euro geförderten Schlachthof in Wietze. Dazu kommen Verschlechterungen beim Tier-, Umwelt- und Gesundheitsschutz der AnwohnerInnen. So ist Niedersachsen etwa mit 24 Prozent Spitzenreiter bei den schädlichen Ammoniakemissionen aus der Massentierhaltung. Auch die Grundwasserbelastung nimmt in einigen Regionen deutlich zu. Gleichzeitig fehlt eine klare Landesvorgabe für den zwingenden Einbau von Filtern in der Hühnermast. Außerdem wenden Landkreise den Brand-, Tier- und Gesundheitsschutz sehr unterschiedlich an, wie die Landtagsanfrage zeigt.

"So fordern nur 12 der 46 Landkreise und kreisfreien Städte die im Brandschutzrecht eigentlich vorgeschriebenen Tierrettungspläne im Genehmigungsverfahren. Die anderen verzichten rechtswidrig auf die Rettung von Tieren im Brandfall. Auch beim Gesundheitsschutz in Bezug auf bedrohliche Keime aus der Massentierhaltung handeln nur wenige Landkreise im Sinne der Bevölkerung", kritisierte Meyer. So werden etwa die neuen Studien über massive Anwohnerbelastungen durch MRSA-Keime oder der zunehmende Antibiotikaeinsatz ignoriert.

Erfreulich ist nach Ansicht der Grünen aber, dass sich nur eine verschwindend kleine Minderheit von Landwirten trotz massiver Werbekampagnen überhaupt in die Lohnmästerei und Abhängigkeit von Agrarkonzernen begibt.

"Die Landesregierung muss sich jetzt endlich von der Privilegierung der industriellen Massentierhaltung verabschieden und eine Agrarwende für bäuerliche Strukturen, Tierschutz, Verbraucher und Kommunen einleiten", so Meyer.

Die Landesregierung warne in ihrer Antwort mittlerweile selbst vor einer Hähnchenblase und vor massiven Überkapazitäten im Hähnchenmarkt. So weist sie "investitionswillige Betriebsleiter" angesichts der zunehmenden Überschüsse darauf hin, dass ein deutlicher Preisverfall drohe und "eine durchgehende Belegung der Mastställe nicht erfolgen kann, wenn die Marktpartner die Ware nicht annehmen können".

Eine detaillierte Übersicht über den Stand der Stallbauten in den einzelnen niedersächsischen Landkreisen und die unterschiedlich strengen Regeln im Genehmigungsverfahren finden sie unter folgendem Link:

<http://bit.ly/anfrage-stallbau>  
(<http://www.christian-meyer-gruene.de/cms/default/dokbin/389/389443@de.pdf>)